

TTIP - Gefahr oder Chance für die Vielfalt?

Henning Hintze

Das von den USA und der EU geplante TTIP-Handelsabkommen will "Handelshemmnisse" möglichst weitgehend ausschalten. Die Verhandlungen zwischen den USA und der EU laufen - weitestgehend geheim - bereits seit über 15 Monaten. Dabei würde dieses Abkommen den Charakter Europas grundlegend verändern, wie Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) einmal zutreffend feststellte. Söder, mit dessen Partei Attac sonst höchst selten übereinstimmt, forderte deshalb eine Volksbefragung über TTIP. Eine sehr gute Forderung, nur weiß wohl auch Söder, dass für die dafür erforderliche Grundgesetzänderung die Mehrheiten fehlen.

Unter Handelshemmnissen versteht die Wirtschaft gesetzliche Regulierungen, die nicht immer, aber zumeist im Interesse der Verbraucher und der Produzenten liegen. Das trifft in Europa besonders im landwirtschaftlichen Bereich zu. So würde z.B., wenn es nach den Wünschen der US-Regierung ginge, das Fleisch US-amerikanischer Rinder, deren Wachstum mit Hormonspritzen beschleunigt wurde, um sie schneller schlachtreif zu machen, in die EU-Mitgliedstaaten importiert. Aus guten Gründen ist solches Hormonfleisch bisher in der EU verboten. Die in den USA eine Chlorbrühe getauchten Hähnchen werden zwar aller Voraussicht nach nicht importiert werden dürfen, weil der Widerstand dagegen in der EU zu groß ist. Aber das ist kein wirklicher Trost, denn TTIP soll ein „lebendes Abkommen“ (Living Agreement) werden mit einem „Regulativen Kooperationsrat“ der beiden Partner. Das bedeutet: Alles, was die Parlamente oder die Öffentlichkeit jetzt nicht akzeptieren, wird in ein „Beratungsgremium“ verlagert, der es den Konzernen sehr frühzeitig ermöglicht, auf neue Gesetze Einfluss zu nehmen. Mit dem Mittel der „regulatorischen Harmonisierung“ sollen gegenseitige Anerkennung von Standards durchgesetzt und bestehende Gesetze überarbeitet werden.

Weil TTIP mit einer möglichst weitgehenden Harmonisierung der Standards in den beiden großen Wirtschaftsblöcken weltweit seine Wettbewerbsfähigkeit steigern will, würde das logischerweise dazu führen, dass eine Anerkennung laxerer Zulassungsverfahren zur Dominanz der weniger strikten Verfahren führt.

Eine außerordentlich schwerwiegende Konsequenz von TTIP läge darin, daß skandalöse landwirtschaftliche Praktiken auf beiden Seiten des Atlantiks wie z.B. tierquälerische Nutztierhaltung, der massive Einsatz von Antibiotika in der Tiermast oder die Verschmutzung des Trinkwassers durch Überdüngung durch die Möglichkeit gegenseitiger Anerkennung eingefroren würden. Eine Veränderung dieser Zustände durch die EU wäre dann nur noch mit Zustimmung der USA möglich!

An dieser Stelle darf aber die wohl schwerwiegendste Folge nicht ausgeklammert werden. Im TTIP-Abkommen sind Sonderklagerechte für Konzerne gegen Staaten eingeschlossen. Über deren Schadenersatzsummen in Milliardenhöhe sollen nicht Gerichte entscheiden, sondern drei private Wirtschaftsanwälte, die hinter verschlossenen Türen tagen. Der schwedische Energiekonzern Vattenfall will bekanntlich von Deutschland auf der Basis der

Energiecharta, eines anderen Vertrags, 4,7 Milliarden Euro als Ausgleich für den beschlossenen Atomausstieg haben. Sonderklagerechte, über die von privaten Wirtschaftsanwälten entscheiden, liefen auf nicht weniger als eine Teilprivatisierung der Justiz hinaus. Heribert Prantl, Mitglied der Chefredaktion der „Süddeutschen Zeitung“, formulierte es so: „Eine Perversion rechtsstaatlichen Denkens hätte dann den Status der Normalität“. Eine unabhängige Justiz ist unstreitig ein Grundpfeiler jeder Demokratie, deshalb kommen wir nicht um die Feststellung herum: TTIP wäre eine akute Gefährdung unserer Demokratie.

Nachdem die EU-Kommission eine nach dem Lissabon-Vertrag mögliche „Europäische Bürgerinitiative“, die die TTIP-Verhandlungen stoppen wollte, untersagt hat, hat ein Bündnis von rund 290 Organisationen der Zivilgesellschaft eine „Selbstorganisierte Bürgerinitiative“ gegen TTIP gestartet, mit riesigem Zuspruch: Über 850.000 EU-Bürgerinnen und Bürger haben in wenigen Wochen schon unterschrieben, daß sie TTIP nicht wollen. Ich hoffe, beim Bauern- und Imkertag in Wilsdruff kommen noch einige hinzu.